
Bündnis 90/Die Grünen im Fünfparteiensystem

Ralf Thomas Baus

1. Gründung – Entwicklung – Status quo 2005: Ein Überblick

a. Formierungs- und Gründungsphase 1977–1980

Der Gründung der Grünen liegen insbesondere zwei Wurzeln zugrunde: eine grüne und eine rote.¹ In den 1970er Jahren formierte sich die deutsche Umweltbewegung. In einem inzwischen legendären Bericht hatte der Club of Rome 1972 unter dem Titel „Die Grenzen des Wachstums“ vor der Bedrohung der Umwelt durch industrielle Produktion und exponentielles Bevölkerungswachstum gewarnt. Mit „Grenzen des Wachstums“ trat die Umweltpolitik schlagartig ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Umwelt- und Naturschutz wurden zentrale Themen. Dabei bildeten sich bald Bürgerinitiativen, die sich den Umweltschutz auf ihre Fahnen schrieben – der Protest gegen den Bau von Atomkraftwerken bildete in vielen Regionen den Kristallisationspunkt der Bewegungen.

Die aktuellen Themen wurden allerdings kaum von den etablierten Parteien aufgenommen.² Stattdessen versuchten Initiativen und Bewegungen, umweltpolitische Anliegen in die Parlamente zu tragen und bildeten Wahlbündnisse. Nach ersten Erfolgen bildeten sich in den Bundesländern grüne bzw. „bunte“ Listen – der Parteibegriff war stigmatisiert. Diese Verbindungen wiesen jedoch programmatisch

erhebliche Unterschiede auf. In Großstädten – zum Beispiel Hamburg und Berlin – kennzeichnete sich das Milieu tendenziell durch linke Positionen, in den Flächenländern dominierten „gemäßigt bis bürgerlich orientierte Wahlbündnisse“³.

Erst im Januar 1980 vollzog sich die offizielle Parteigründung in Karlsruhe – und zwar so, wie sich die Partei in den folgenden Jahrzehnten präsentieren sollte: heftige Kontroversen um die programmatische Ausrichtung bestimmten das Bild. Zur angeführten grünen Wurzel – Umweltschutz, Bürgerliche und Wertkonservative – kam die rote Wurzel, dass heißt linkssozialistisch ausgerichtete, teilweise aus kommunistischen Organisationen (K-Gruppen) kommende Politiker, die oft im Zuge der „68er-Bewegung“ politisiert worden waren – zum Beispiel Fischer, Cohn-Bendit. Ihre Anliegen lagen weniger in der Umweltpolitik als vielmehr in der Gesellschafts- und Friedenspolitik.

b. Aufbau-, Etablierungs- und Parlamentarisierungsphase 1980–1990

Die erste Teilnahme der Grünen an einer Bundestagswahl endete mit einer herben Enttäuschung. Sie erhielten bei der Bundestagswahl 1980 1,5 Prozent. Die Grünen konnten in den folgenden Jahren aber in zahlreiche Landtage einziehen,⁴ womit sich der Parteaufbau von unten fortsetzte. Die Grünen etablierten sich sukzessive und profitierten vom allgemeinen Zulauf der westdeutschen Friedensbewegung.⁵ Sie agierten innerhalb der Bewegung – vor allem Petra Kelly und Gert Bastian – und verbreiterten ihre Basis in die Friedensbewegung hinein. Mit Folgen für die Partei und das deutsche Parteiensystem: 1983 zogen sie mit 5,6 Prozent in den Deutschen Bundestag ein.

Deutlich traten jedoch die antagonistischen Politikkonzeptionen der beiden prägenden Flügel zutage. Realisten

und Fundamentalisten führten bald einen erbitterten Kampf um die Ausrichtung der Partei. Die Optionen lauteten: radikal-ökologische Oppositionspartei oder koalitions- und regierungsfähige, pragmatische Partei. Die 1980 als eine der vier Grundsäulen festgeschriebene Basisdemokratie zeigt das staats- und institutionenkritische Denken. „Institutionalisierung der Bewegung und Beteiligung an den existierenden Verfahren sah sich mit dem Vorwurf konfrontiert, sich der Gefahr der Korrumpierung auszusetzen und den Oppositionscharakter zu verlieren.“⁶ Die Grünen waren sich auch nach Formierung als Partei nicht einig, ob das parlamentarische System der Beseitigung oder der Belebung bedurfte.⁷

Der Konflikt prägte das öffentliche Bild der Grünen, konnte aber mit der ersten Beteiligung der Grünen an einer Landesregierung, 1985 in Hessen, zumindest dort entschieden werden. Joschka Fischer setzte die rot-grüne Landesregierung gegen den radikal-ökologischen Flügel um Jutta Ditfurth durch.

c. Restrukturierung, Vereinigung mit Bündnis 90 und Entwicklung zur Reformpartei 1990–1998

„Alle reden von der deutschen Einheit, wir reden vom Wetter.“ – so lautete der Slogan, mit dem die Grünen in den Bundestagswahlkampf 1990 gingen. Er zeigt, dass sich die Partei mit der Teilung Deutschlands abgefunden hatte. „Viele Mitglieder und Funktionsträger“, so Lothar Probst, „befürchteten, dass ein wiedervereinigtes Deutschland als europäische Zentralmacht in den Nationalismus zurückfallen würde und nahmen eine skeptische bis ablehnende Haltung gegenüber der deutschen Einheit ein.“⁸ Diese und andere Positionen – zum Beispiel die Forderung „Offene Grenzen für alle Zuwanderer und Flüchtlinge“ – trugen dazu bei, dass die Partei 1990 den Einzug in den Bundestag nicht schaffte.⁹

In der Folge setzte ein Restrukturierungsprozess ein. Die Grünen bekannten sich *expressis verbis* zur parlamentarischen Demokratie und gaben sich die Bezeichnung „ökologische Reformpartei“. Die „Anti-Parteien-Partei“ professionalisierte sich.¹⁰ So wurde der „systemoppositionelle Habitus“¹¹ aufgegeben – mit der Folge, dass radikale Fundamentalisten wie zum Beispiel Jutta Ditfurth der Partei den Rücken kehrten.

Die Grünen – im Kern eine westdeutsche Partei – wurden sich, auch in Folge des Wahlergebnisses 1990, bewusst, dass sie einen ostdeutschen Partner brauchten, wollten sie bei der nächsten Bundestagswahl wieder in den Bundestag einziehen. In der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung waren sich ostdeutsche Bürgerrechtler bewusst, dass sie ihrerseits einen westdeutschen Partner brauchten. Schließlich schlossen Bündnis 90 und die Grünen 1993 einen Assoziationsvertrag.

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre konnte sich Joschka Fischer an der Spitze der Grünen etablieren. Mit ihm gelang den Grünen 1994 der Wiedereinzug in den Bundestag. Mit dem Wiedereinzug geht auch ein kontinuierlicher Prozess der inhaltlichen Verbreiterung einher. Die Grünen erarbeiteten sich neben der Umweltpolitik neue Kompetenzfelder in der Sozial- und Wirtschaftspolitik und konnten in Umfragen zulegen.

Die Berechenbarkeit der Partei stand jedoch 1998 zur Disposition. Auf ihrem Wahlparteitag verabschiedeten die Grünen das Konzept einer ökologischen Steuerreform, das eine stufenweise Anhebung des Benzinpreises auf fünf Deutsche Mark enthielt. Außenpolitisch bekräftigten sie ihre Forderung nach einem Austritt aus der NATO. Trotzdem erzielte sie bei der Bundestagswahl 1998 6,7 Prozent und konnte mit der SPD eine Regierungskoalition bilden. „Zwanzig Jahre nach ihrer Gründung war die Partei damit endgültig Teil des politischen Systems der Bundesrepublik geworden.“¹²

d. Von der Regierung zurück in die Opposition 1998–2005

Als Partei in Regierungsverantwortung sahen sich die Grünen bald ernststen Zerreißproben ausgesetzt. Die rot-grüne Bundesregierung beschloss, sich am NATO-Militäreinsatz gegen Serbien im Kosovo-Konflikt zu beteiligen. „Verrat an grünen Prinzipien“ lautete der in den folgenden Jahren immer wiederkehrende Vorwurf. Insbesondere die Spannung zwischen (radikal-) pazifistischem Anspruch und pragmatisch-realistischer Durchsetzung des Völkerrechts – als Anwendung militärischer Mittel und ultima ratio – führte fast zur Spaltung der Partei.

Ab 1999 musste die Partei eine Serie an Wahlniederlagen bei den Landtagswahlen hinnehmen. Sie verlor in Hessen (1999 –4,0 %), Bremen (1999 –4,2 %), Berlin (1999 –3,3 %) und Baden-Württemberg (2001 –4,4 %). Diese externen Ereignisse führten zu Auseinandersetzungen um den grünen Kurs in der Regierungspolitik, die nach dem 11. September 2001 weiter intensiviert wurden. Wieder war es ein Auslandseinsatz der Bundeswehr – jetzt in Afghanistan –, der eine Zerreißprobe auslöste.

Die Liste partei- und koalitionsinterner Konflikte wurde länger. Rot-grüne Reformen wiesen handwerkliche Fehler auf, die Arbeitslosigkeit verharrte auf einem hohen Niveau. Entsprechend düster waren die Prognosen für die Bundestagswahl 2002. Rot-Grün konnte jedoch abermals eine Koalition bilden – vor allem durch das sehr gute Wahlergebnis der Grünen von 8,7 Prozent.

In der zweiten rot-grünen Legislatur konnten sich die Grünen stabilisieren und hinterließen einen soliden Eindruck als pragmatisch-realistische Regierungspartei. Die arbeitsmarktpolitische Wende des SPD-Kanzlers – Agenda 2010 – führte zu massiven Stimmenverlusten für die SPD bei den folgenden Landtagswahlen, einer Welle von Parteiaustritten und der Bildung einer neuen linken Partei,

der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG).

Es war ein Thema, das das Selbstverständnis der SPD im Kern tangierte. Die Grünen verbuchten dagegen Zugewinne bei Landtagswahlen. Bei der Bundestagswahl 2005 – SPD und Grüne betrieben eigene Wahlkämpfe, grenzten sich teilweise sogar gegeneinander ab – konnten die Grünen an ihr Ergebnis von 2002 anknüpfen und errangen 8,1 Prozent. Damit war jedoch der Gang in die Opposition verbunden.

2. Die programmatische Entwicklung

„Wir sind die Alternative zu den herkömmlichen Parteien.“ – so leiteten die Grünen ihr erstes Programm im März 1980 ein (Saarbrücker Programm). Vier Grundwerte sind konstitutiv: ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Radikale ökologische und pazifistische Forderungen, zum Beispiel sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, vollständige Entmilitarisierung der Gesellschaft, NATO-Austritt, standen im Mittelpunkt des Programms.

Programmatik und Politik lag eine apokalyptische Rezeption der Gegenwart zugrunde. Petra Kelly, Gründungsmitglied der Grünen und grüne Bundestagsabgeordnete, prognostizierte das Versiegen der Quellen, das Absterben der Bäume, die Vernichtung der Arten, die Vergiftung der Äcker, der Muttermilch, der Kinder durch Schwermetalle und Radioaktivität und letztlich die Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen.¹³ Petra Kelly folgerte 1988: „Die Menschheit ist verloren, nur wenn Grüne gewählt werden, wird sie errettet.“¹⁴

Grüne wie Petra Kelly oder auch Rudolf Bahro¹⁵ verstanden sich selbst als „Retter der Menschheit“ und formulierten entsprechend radikale Alternativen wie zum Beispiel:

„Entweder Atom-Staat oder ökologische Gesellschaft“. So wurde oftmals ein exklusiver Richtigkeitsanspruch formuliert. Divergierende Positionen und Pluralismus wurden nicht zugelassen. Nach Bahros Verständnis war Pluralismus „nichts als eine Deckkarte für individualistische Unverantwortlichkeit“.¹⁶

Programmatische Auseinandersetzungen nahmen bei den Grünen von Beginn an scharfe Züge an und verliefen in der Regel zwischen den Polen Realismus und Fundamentalismus. Zu den umstrittenen Themen sind zum Beispiel die Einstellungen zur parlamentarischen Demokratie, die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und das Verhältnis zu Israel, den USA und der Sowjetunion zu zählen.

Eine programmatische Neuausrichtung wurde schrittweise nach der Vereinigung mit Bündnis 90 vollzogen. Die Grünen bekennen sich nun zu ihrem Selbstverständnis als Reformpartei. Demokratie- und parlamentsfeindliche Positionen werden strikt abgelehnt. „Die Programmatik nahm in dieser Phase immer stärker programmatische Züge an.“¹⁷ Forderungen werden jetzt weniger radikal und eher realistisch formuliert. Dies zeigt zum Beispiel die Ausarbeitung eines Ausstiegsszenarios aus der Atomenergie, das nicht den sofortigen Ausstieg – bisheriger „Sofortismus“ der Grünen –, sondern einen den Umständen entsprechenden längerfristigen Ausstieg umfasst. Die ökologischen Ziele wurden stärker mit den Möglichkeiten und Erfordernissen der Sozialen Marktwirtschaft in Einklang gebracht. Internationale Militäreinsätze unter deutscher Beteiligung wurden differenzierter betrachtet.

Das derzeit gültige Grundsatzprogramm von 2002 setzt Akzente in den Bereichen Ökologie und Gerechtigkeit. So fordern die Grünen einen nachhaltigen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft durch eine Umgestaltung des Steuersystems und effizienteren Verfahren der Rohstoff-

und Energienutzung. Gerechtigkeit wird nicht nur auf gerechte Verteilung von Gütern zwischen Arm und Reich bezogen, sondern auch auf gleiche Chancen, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit.

Werden Parteientwicklung und Programmgeschichte zusammenfassend betrachtet, lässt sich von einer Normalisierung der einstigen „Partei neuen Typs“ (Petra Kelly) sprechen. Im Grundsatzprogramm von 2002 heißt es entsprechend: „Man steigt nicht zweimal in denselben Fluss. Verändert hat sich seit unserem Grundsatzprogramm von 1980 nicht nur die Welt um uns herum. Auch wir haben uns verändert. [...] Inzwischen sind wir nicht mehr ‚Anti-Parteien-Partei‘, sondern die Alternative im Parteiensystem.“¹⁸

3. Wähler- und Mitgliederschaft: Sozialstrukturelle Merkmale und Policy-Präferenzen

Der Aufstieg der Grünen wird vielfach mit einem gesellschaftlichen Wertewandel im Nachkriegsdeutschland in Verbindung gebracht. Im Mittelpunkt steht die These, dass materialistische Werte durch postmaterialistische ersetzt worden sind – aufgrund einer langen wirtschaftlichen Prosperitätsphase und eines gestiegenen Bildungsniveaus. Es habe sich eine neue Konfliktlinie neben der klassischen Rechts-Links-Einteilung etabliert: der Gegensatz von Ökologie und Ökonomie. Grüne Wähler und Anhänger rekrutierten sich in den Anfangsjahren aus Milieus, in denen Umweltschutz, Gleichberechtigung und Partizipation die Kernforderungen bildeten. In den 1980er Jahren wurden die Grünen stark von Jüngeren und Gebildeten gewählt, insbesondere in Groß- und Universitätsstädten. Im ländlichen Raum konnten sie eine hohe elektorale Unterstützung verbuchen, wo sie aufgrund regionaler Umwelt-

schutzinitiativen – zum Beispiel Proteste gegen den Bau von Atomkraftwerken – aktiv waren.

Hinsichtlich ihrer Sozialstruktur waren die grünen Wähler in ihrer Mehrheit der „neuen Mittelschicht“ zuzuordnen. Unter Arbeitern, Selbständigen und Wählern über 60 schnitt die Partei unterdurchschnittlich ab. Befragt nach ihrem Selbstverständnis bezeichneten sich die grünen Wähler als „links“. Sie positionierten sich in den letzten zehn Jahren im Mittel durchgehend links der SPD.

Tabelle 1 – Eigene Verortung auf einer Links-Rechts-Skala in einem Zeitraum von 1997 bis 2006 (0 = sehr links / 10 = sehr rechts – Mittelwert)

Durch die Anhänger der ...						
Zeit	Alle	Union	FDP	SPD	Grüne	PDS
Jan 97	5,9	6,7	6,5	5,6	4,9	4,5
Jan 98	5,8	6,6	6,4	5,4	5,0	4,7
Jan 99	5,8	6,4	6,6	5,4	4,8	4,4
Jan 00	5,8	6,7	6,4	5,3	4,8	4,8
Jan 01	5,6	6,3	6,3	5,3	4,4	4,0
Jan 02	5,8	6,6	6,2	5,4	5,1	4,4
Jan 03	5,8	6,5	6,3	5,3	4,7	4,1
Jan 04	5,8	6,6	6,0	5,0	4,7	4,3
Jan 05	5,6	6,5	5,5	5,2	4,4	4,3
Jan 06	5,7	6,6	6,2	5,1	4,3	4,0
Sep 06	5,7	6,5	6,0	5,2	4,9	4,3

Zahlen und Berechnung: Forschungsgruppe Wahlen.

Grüne sprechen sich vergleichsweise stark gegen die Kürzung von Sozialleistungen (Tabelle 2) und stark für die staatliche Egalisierung von Einkommensunterschieden (Tabelle 3) und die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen aus.¹⁹

Tabelle 2 – Frage: „Soziale Leistungen kürzen oder ausweiten!“ (in Prozent)

Antwort / Anhänger der	Union	Grüne	SPD	FDP
„soziale Leistungen kürzen“	32,6 %	17,1 %	18,1 %	41,5 %
„soziale Leistungen wie bisher“	51,5 %	66,3 %	62,2 %	40,8 %
„soziale Leistungen ausweiten“	15,9 %	16,6 %	19,7 %	17,7 %

Zahlen: ALLBUS 2004.

Tabelle 3 – These: „Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern“ (Skala von 1: stimme stark zu bis 5: lehne stark ab – Mittelwert)

Anhänger der	Union	Grüne	SPD	FDP
Mittelwert	2,97	2,57	2,56	3,94

Zahlen: European Social Survey 2004.

Die Anhänger der Grünen verneinen eher die Gerechtigkeit von sozialer Ungleichheit (Tabelle 4) und präferieren deutlich eine Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt als Leistung (Tabelle 5).

Tabelle 4 – These: „Soziale Unterschiede sind gerecht“ (in Prozent)

Antwort / Anhänger der	Union	Grüne	SPD	FDP
„Stimme voll zu“	7,4 %	3,6 %	5,7 %	6,7 %
„Stimme eher zu“	32,3 %	21,1 %	21,6 %	36,9 %
„Stimme eher nicht zu“	44,0 %	52,5 %	50,6 %	36,9 %
„Stimme gar nicht zu“	16,3 %	22,9 %	22,1 %	19,5 %

Zahlen: ALLBUS 2004.

Tabelle 5 – Frage nach der Präferenzierung welchen gesellschaftlichen Modells (in Prozent)

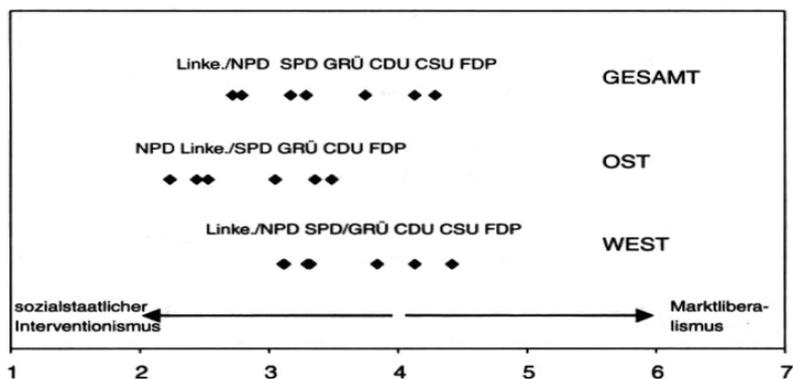
Antwort / Anhänger der	Gesamt	Union	Grüne	SPD	FDP
„Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt“	34	46	17	23	63
„Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt“	55	41	76	67	32
Beides gleich / keine Angaben	11	13	7	10	5

Infratest dimap. Wahlreport – Wahl zum 16. Bundestag. 18. September 2005, S. 118 Vorwahlumfrage.

Im Sozialstaatskonflikt (mit den Polen sozialstaatlicher Interventionismus und Marktliberalismus) sehen sich die Anhänger von FDP und Union deutlich marktliberaler als die der SPD und Grünen. (Grafik 1).

Die grüne Wählerschaft hat sich insgesamt in den letzten Jahren aber deutlich gewandelt. Bezüglich des Alters hat sich der Schwerpunkt von Jungen auf Ältere verschoben. Ein Teil der Wählerschaft ist zu linken Parteien abgewandert, ein Teil hat sich hinsichtlich Wertorientierungen stärker in der Mitte positioniert („Ergrauen“ der Grünen). „Sozialstrukturell bilden die neuen Mittelschichten nach wie vor das Hauptwählerreservoir der Grünen. Gleichzeitig scheint der Prozess der ‚Verbürgerlichung‘ der bündnisgrünen Partei weiter voranzuschreiten.“²⁰ Der Anteil der Selbständigen an der grünen Wählerschaft ist ebenso gewachsen wie der Teil der Wähler, die über ein überdurchschnittlich hohes Einkommen verfügen. 1982 verfügte die Wählerschaft der Grünen im Vergleich zu allen anderen Wählerschaften über das geringste Einkommen, seit 1990 ist ein sprunghafter Anstieg zu verzeichnen und ab 2000

Grafik 1 – Selbstpositionierung der bundesdeutschen Parteienwählerschaft im Sozialstaatkonflikt 2005



DFG-Projekt „Deutsche Bundestagswahlstudie 2005 – Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ (N= 2540) – entnommen aus: *Niedermayer, Oskar*: Die Wählerschaft der Linkspartei. PDS 2005: sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 3 (2006), S. 523–538, S. 533.

liegt die Wählerschaft hinsichtlich des Einkommens vor allen anderen Parteien. Das Label „Partei der Besserverdienenden“ gebührt nicht der FDP, sondern den Grünen, deren Wählerschaft an der Spitze der Einkommensskala zu verorten ist.²¹

Auf der Rechts-Links-Skala haben sich die Wähler der Grünen seit Parteigründung nach rechts bewegt. Aber: Das Selbstverständnis der Grünen-Anhänger, so Ulrich Eith, „definiert sich nicht über das Einkommen, sondern entlang von Wertevorstellungen.“²² Dies hat auch die Selbstverortung der Wähler im Rechts-Links-Spektrum gezeigt.

Analog zu den Veränderungen der Wählerschaft hat sich auch die Mitgliederschaft verändert. 1998 waren nur 44 Prozent der Grünenmitglieder vor 1990 in der Partei. 56 Prozent traten der Partei erst nach der Durchsetzung der Realo-Strategie bei. 53 Prozent rechneten sich in der Potsdamer Parteimitgliederstudie dem Realo-Flügel zu.²³ 15

Prozent der Mitglieder sind Selbständige oder üben freie und akademische Berufe aus (CDU 14 %, FDP 22 %). Der Anteil an Akademikern ist mit 58 Prozent am höchsten im Vergleich zu allen anderen Parteien. Weitere 22 Prozent der Mitglieder haben Abitur.

4. Exkurs: Das Verhältnis von Union- und Grünen-Wählerschaft

Die vorgenommenen Ausführungen zu sozialstrukturellen Merkmalen und Präferenzen haben schon angedeutet, dass nach wie vor Gräben zwischen der Wählerschaft von Union und Grünen bestehen. Dass eine mögliche Zusammenarbeit von Union und Grünen nicht von vornherein auf die Unterstützung ihrer jeweiligen Anhänger zählen könnte, zeigen darüber hinaus sowohl die Analyse der Wählerströme und des Stimmensplittings als auch die Ergebnisse aus den Befragungen hinsichtlich der Koalitionspräferenzen.

Die Analyse der Wechselwähler beziehungsweise die jeweiligen Größenordnungen machen deutlich, dass die Wählerinnen und Wähler überwiegend zwischen den Parteien des jeweils eigenen Lagers von Wahl zu Wahl wechseln. Der Wähleraustausch der Grünen mit der SPD ist signifikant größer als der mit der Union (Tabelle 6). Die Union hat umgekehrt einen wesentlich größeren Austausch mit der FDP als mit den Grünen (Tabelle 7).

Tabelle 6 – Wählerstromkonto Die Grünen für die BTW 05 (Gesamtdeutschland)

Austausch mit:	Zustrom	Abstrom	Saldo
SPD	980.000	840.000	140.000
Union	130.000	270.000	-140.000
FDP	70.000	120.000	- 50.000

Linke	40.000	280.000	-240.000
Andere	30.000	50.000	- 20.000
Summe aller	1.250.000	1.560.000	-310.000

Zahlen aus: *Neu, Viola: Analyse der Bundestagswahl 2005. KAS-Arbeitspapier 157. Sankt Augustin und Berlin 2006, S. 18.*

Tabelle 7 – Wählerstromkonto Union für die BTW 05 (Gesamtdeutschland)

Austausch mit:	Zustrom	Abstrom	Saldo
SPD	1.590.000	960.000	630.000
Grüne	270.000	130.000	140.000
FDP	590.000	1.710.000	-1.120.000
Linke	70.000	350.000	-280.000
Andere	150.000	320.000	-170.000
Summe aller Parteien	2.670.000	3.470.000	-800.000

Zahlen aus: *Neu, Viola: Analyse der Bundestagswahl 2005. KAS-Arbeitspapier 157. Sankt Augustin und Berlin 2006, S. 18.*

Dass diese Ergebnisse aus den Untersuchungen der Wählerwanderungen nicht nur den spezifischen Umständen der Bundestagswahl 2005 geschuldet sind, sondern einem langfristigen Trend entsprechen, zeigt die Längsschnittanalyse der Wählerwanderungen am Beispiel der Union (Tabelle 8).

Tabelle 8 – Wählerstromkonto der CDU/CSU bei den BTWs zwischen 1994–2005 (Gesamtdeutschland)

Austausch mit:	Zustrom	Abstrom	Saldo
Grüne 2005	270.000	130.000	140.000
Grüne 2002	150.000	150.000	0
Grüne 1998	180.000	170.000	10.000
Grüne 1994	97.000	243.000	-146.000

FDP 2005	590.000	1.710.000	-1.120.000
FDP 2002	830.000	810.000	20.000
FDP 1998	810.000	730.000	80.000
FDP 1994	1.258.000	737.000	521.000

Zahlen aus: Infratest dimap. Wahlreport Bundestagswahl 1994–2005.

Gleiches lässt sich auch für den Bereich des Stimmensplittings attestieren: Die grüne Klientel wählt nur selten den Direktkandidaten der Union, votiert in mehr als der Hälfte aller Fälle sogar für den der SPD. FDP-Wähler hingegen tendieren vorwiegend zur CDU bzw. CSU, Sozialdemokraten finden bei ihnen kaum Unterstützung durch die Erststimme.²⁴

Verstärkt wird dieses Bild der elektoralen Segmentierung durch ein weiteres Ergebnis der Demoskopie: Eine Präferenz für schwarz-grüne Bündnisse auf Bundesebene ist nicht feststellbar, eine solche Koalitionsvariante fand bei den Wählerinnen und Wählern in den hier untersuchten letzten zehn Jahren keine bzw. kaum Unterstützung (Tabelle 9).

Tabelle 9 – Präferierte Koalitionen zwischen 1997 und 2006 (Gesamtbevölkerung in Prozent)

Koalition aus ...					
Datum	Union-FDP	SPD-Grüne	Union-SPD	SPD-FDP	Union-Grüne
Jan 1997	13,8	25,1	23,5	3,3	4,2
Jan 1998	11,1	26,8	27,9	4,8	2,5
Jan 1999	15,7	26,0	26,1	3,6	2,1
Jan 2000	11,8	22,8	21,4	5,3	1,5
Jan 2001	18,9	23,7	15,1	9,0	2,2
Jan 2002	23,0	16,6	14,8	9,7	2,4
Jan 2003	32,9	17,0	16,2	2,1	5,5

Jan 2004	28,4	12,5	18,1	2,6	4,5
Jan 2005	21,0	23,1	17,4	3,8	3,4
Jan 2006	24,0	11,9	31,4	2,0	1,8
Apr 2006	19,8	12,1	31,2	2,9	3,0
Aug 2006	21,6	15,2	20,1	3,8	2,3

Zahlen: Forschungsgruppe Wahlen.

Der Vergleich der Sozialstruktur und der Werte-, Einstellungs- und Koalitionspräferenzen der Anhänger von Bündnis90/Die Grünen und Union zeigt, dass auf der Ebene der Wähler und Mitglieder die Schnittmengen nur in sehr begrenztem Maße vorhanden sind. Trotz eines „vielfältigen Wandels in der Anhängerschaft der beiden Parteien“ muss nach wie vor von unterschiedlichen lebensweltlichen Vorstellungen und kulturellen Gegensätzen ausgegangen werden, die das Verhältnis der beiden Wählermilieus bestimmen.²⁵

5. Entwicklung seit 2005: Strategisch-programmatische Ausrichtung im Fünfparteiensystem

Das deutsche Parteiensystem kennzeichnet sich seit der Bundestagswahl 2005 durch vier neue Faktoren: Erstens durch ein neues Format, denn es sind fünf relevante Parteien im Deutschen Bundestag vertreten.²⁶ Zweitens durch eine gestiegene Fragmentierung, denn kleinere Parteien haben an Stimmen zugelegt, die beiden Großparteien verlieren hingegen seit den 1980er Jahren an Stimmen. Drittens durch den Zerfall der strukturellen Asymmetrie, denn die ehemalige strukturelle Asymmetrie der Union gegenüber der SPD hat sich aufgelöst und ist nicht durch eine neue Asymmetrie zugunsten der SPD ersetzt worden. Beide

Volksparteien leiden unter elektoraler Mobilisierungsschwäche. Und viertens schließlich durch neue Koalitionsoptionen und den Rückgang der Segmentierung.

Im Sechzehnten Deutschen Bundestag sind wie angesprochen fünf relevante Parteien vertreten, die rein rechnerisch Koalitionen bilden können. Eine Zweiparteienkoalition ist nur unter den beiden Großparteien möglich. Alle anderen Koalitionsmuster können sich nur aus drei Parteien zusammensetzen, womit sich folgende Koalitionsvarianten ergeben: Erstens eine Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (Kuba-Koalition), zweitens aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (Ampelkoalition) sowie drittens aus Union, FDP und Bündnis 90/Die Grünen (Jamaika-Koalition).²⁷ Zur Zeit der Regierungsbildung Ende 2005 war jedoch nur eine Zweiparteienkoalition aus Union und SPD auch politisch umsetzbar. Vor diesem Hintergrund wird sich künftig der Charakter des Parteienwettbewerbs ändern. Die Abschottung der Parteien untereinander (Segmentierung) wird zurückgehen – sollen neue Koalitionsoptionen realisiert werden.

Ein großer Profiteur²⁸ des „neuen Koalitionsmarktes“ sind die Grünen. Sie werden für jede Dreiparteienkoalition gebraucht. Da sie die Frage, ob klare linke Lagerpartei oder Mitte-Orientierung und Koalitionsfähigkeit mit dem bürgerlichen Lager durch den Verweis auf ihr neues Credo „Inhalte vor Macht“ bewusst offen lässt, ist sie zur neuen Scharnierpartei geworden. Potentiell sind nur Bündnis 90/Die Grünen zu beiden Lagern hin koalitionsfähig.²⁹

Welche Entwicklung haben die Grünen vor diesem Hintergrund seit 2005 genommen? Wo stehen sie im Fünfparteiensystem? Wie sind sie strategisch aufgestellt? Die Grünen waren sich früh ihrer neuen Schlüsselstellung bewusst. Die Strategie unmittelbar nach der Bundestagswahl 2005 lautete:³⁰ Die Grünen empfehlen jetzt erstens keine Koalition, weil „erst mal die Großen am Zug“ seien. Und

die Grünen schließen zweitens vorerst keine der beiden möglichen Ampelkoalitionen aus, um das Werben von SPD und Union genießen zu können. Drittens aber wird eine Jamaika-Koalition am Ende keinen grünen Segen bekommen.

Bereits nach dem ersten Sondierungsgespräch zwischen Grünen (Roth und Bütikofer) und Union (Merkel und Stoiber) erklärten die Grünen, nicht für weitere Gespräche bereit zu sein. Der Union fehle das ökologische Bewusstsein. Allerdings war es weniger ein fehlendes Ökologie-Bewusstsein der Union, als vielmehr das Wissen der Grünen-Spitze, dass die Parteibasis zu diesem Zeitpunkt nicht für eine Jamaika-Koalition bereit war. Sie hätte es als Verrat an Idealen und als reine Machtpolitik gewertet. Das Vorgehen barg für die Grünen jedoch die Chance, sich aus der oft zitierten „babylonischen Gefangenschaft“ der SPD zu befreien. Zum anderen „war mit der erstmaligen Umwerbung durch CDU und CSU die Hoffnung verknüpft, beim bürgerlichen Lager insgesamt eine Wertsteigerung zu erfahren und damit künftig schwere Angriffe der Union – etwa im Wahlkampf – verhindern zu können“³¹.

Die Grünen-Spitze stand und steht vor zwei Herausforderungen: Einerseits muss sie sich alle Machtperspektiven im neuen, noch unübersichtlichen Parteiensystem offenhalten. Zugleich muss sie aber Flügelkämpfe der Parteibasis verhindern und darf keinesfalls das Gefühl der Machtopportunität („Verrat an Idealen“) entstehen lassen. Die Grünen nahmen diese Herausforderung an und schufen ihr Credo „Inhalte vor Macht“ auf der Oldenburger Bundesdelegiertenkonferenz am 15. Oktober 2005. Damit konnte der Partei die Furcht vor programmatischer Beliebigkeit und Anpassung genommen werden. In der Öffentlichkeit präsentierten sich die Grünen als Partei, die den Kurs links oder rechts der Mitte weiter offen ließen.

Welche Aussagen lassen sich zur programmatischen

Entwicklung der Grünen seit 2005 nun vornehmen? Eine nähere Betrachtung der elektoralen Entwicklung der Grünen bei den Landtagswahlen seit 2005 zeigt zweierlei: Einerseits konnte sich die Partei in den Ländern stabilisieren und Stimmenzugewinne verbuchen.³² Andererseits bestätigten die wahlentscheidenden Themen bei Grünen-Wählern die Kernkompetenzen der Grünen. An erster Stelle die Umweltpolitik, an zweiter soziale Gerechtigkeit und an dritter die Bildungspolitik. Ihnen wird weiterhin unter allen Parteien die höchste Kompetenz in der Umweltpolitik attestiert.

Bundespolitisch standen und stehen die Grünen jedoch mit ihrem Credo „Inhalte vor Macht“ vor Problemen. Koalitionsstrategisch sind sie damit in einer vorteilhaften Position. Sie nehmen damit jedoch beinahe zwangsläufig Positionen der Mitte ein, also zwischen den beiden Volksparteien. In Zeiten einer Großen Koalition bedeutet dies jedoch die Profilierungsmöglichkeiten – durch die Formulierung reiner Oppositionspolitik – aufzugeben. Innerparteilich ist dieser Kurs des Pragmatismus und des „radikalen Realismus“ (Bütikofer) nicht unumstritten, wenngleich die grüne Anhängerschaft in ihrer Mehrheit den Kurs stützt. Kritiker monieren, die Grünen müssten sich endlich zu ihrer Rolle als Oppositionspartei bekennen.

Der Verlauf bündnisgrüner Positionsbestimmung seit 2005 lässt denn auch eine Tendenz zu „reineren, puren, oppositionellen“ Positionierung erkennen. Parteitage können zwar nur partiell als Gradmesser der inneren Verfassung einer Partei hinzugezogen werden. Die einfachen Mitglieder einer Partei sind pragmatisch orientiert, Parteitagsdelegierte rekrutieren sich in der Regel aus dem mittleren Funktionärskorps, dem in der Parteienforschung ein stärker ideologischer Charakter attestiert wird.³³ Dennoch sollen die folgenden Ausführungen Schlaglichter auf das programmatische Irrlichtern der Grünen werfen:

- Grüner Zukunftskongress 09/2006: Der Oldenburger Parteitag 2005 hatte einen umfassenden Diskussionsprozess beschlossen, der sich in 14 Regionalkonferenzen gliederte und im Zukunftskongress mündete. Ziel der Veranstaltung war nicht die Formulierung einer Oppositionsstrategie, sondern die Vorbereitung, „wieder in Regierungsverantwortung zu kommen“³⁴. Grundlage für den Diskussionsprozess waren die im April 2006 von Roth und Bütikofer vorgelegten „Thesen zur Zukunfts-Debatte von Bündnis 90/Die Grünen“. Darin werden unter anderem der „Primat der Politik“ und die „Wiederentdeckung öffentlicher Institutionen“ als „Voraussetzung für eine Stärkung des Politischen“ gefordert. Zentrale grüne Projekte seien der „ermutigende Sozialstaat“, die „grüne Marktwirtschaft“, eine neue „Radikalität der ökologischen Frage“, das Konzept der „Familienförderung“ statt einer Förderung der Ehe, höhere Bildungsinvestitionen und die „multikulturelle Demokratie“. Kritiker sahen im Text und den Debatten lediglich die Zusammenfassung bekannter Positionen.³⁵
- Bundesdelegiertenkonferenz Köln 12/2006: Auch auf ihrem zweiten Parteitag als Oppositionspartei behielten die Grünen einen pragmatischen Kurs der Mitte bei. Zwar forderten sie eine „neue Radikalität“ in der Umweltpolitik. In der Beschlusslage bedeutet „neue Radikalität“ aber nicht „neuer Fundamentalismus“. Sie sprachen sich gegen eine radikale „Nullemissionsstrategie“ aus, die einen sofortigen, hundertprozentigen Umstieg auf erneuerbare Energien bedeutet hätte. Stattdessen sollte ein schrittweiser Umstieg über „Brückentechnologien“ wie Kohle- und Gaskraftwerke anvisiert werden. Auch in der Außenpolitik wurde nicht der Weg zum „Total-Pazifismus“ eingeschlagen, sondern eine Bestätigung bisheriger, realistischer Positionen vorgenommen. In der Debatte zur Zukunft Afghanistans wurden zwar „deut-

liche Kurskorrekturen“ der deutschen Außenpolitik gefordert. Dem von Hans Christian Ströbele und anderen Fundamentalpazifisten eingebrachten Antrag, die Bundeswehr komplett aus Afghanistan abzuziehen, wurde von den Delegierten allerdings eine Absage erteilt. Das deutsche Engagement im Rahmen des ISAF-Mandats ermögliche erst den zivilen Aufbau. Ein Abzug der Bundeswehr würde die zivilen Aufbaukräfte gefährden.

- Afghanistan-Sonderparteitag Göttingen 09/2007: Seit dem Kölner Parteitag lässt sich allerdings eine deutlichere Oppositionsstrategie erkennen, die jedoch nicht die Parteiführung, sondern die Parteibasis durchgesetzt hat. Kristallisationspunkt bildete das Afghanistan-Engagement der deutschen Bundeswehr. Die Grünen-Basis setzte im vergangenen Jahr erfolgreich einen Sonderparteitag zu eben diesem Thema durch.³⁶ Die Delegierten votierten gegen den Leitantrag des Bundesvorstandes und für den Antrag des Parteilinken Robert Zion, der den Sonderparteitag initiiert hatte und im Vorfeld erklärt hatte, es gehe beim Sonderparteitag „um Identität und Motivation der Partei“. Sein Antrag sah eine Ablehnung des Tornado-Einsatzes und der ISAF-Mission vor, wenn diese an eine Abstimmung über OEF oder den Tornado-Einsatz gekoppelt wird.
- Bundesdelegiertenkonferenz Nürnberg 11/2007: Konnte Göttingen noch als „Ausrutscher nach links“ gelten, der durch die schwache bzw. nicht vorhandene Führungsleistung der Parteispitze zustande kam, nahmen die Grünen auf ihrem Nürnberger Parteitag einen dezidierten Kurs nach links. Sie beschlossen ein 60 Milliarden Euro teures Sozialprogramm, der Hartz IV-Regelsatz soll auf 420 Euro steigen, Partnereinkommen nicht mehr angerechnet werden, Kinder sollen ein Grundeinkommen von bis zu 350 Euro bekommen. In ihrem Konzept der Grundsicherung appellieren sie zwar, Transfer-

empfänger müssten auch Gegenleistungen erbringen. Der selbstbestimmte Bürger entscheidet aber künftig über ein „Wunsch- und Wahlrecht“ selber, welche Gegenleistung er erbringen möchte. Die „Abkehr der Grünen von der Realpolitik“ – so Daniel Cohn-Bendit – wurde außenpolitisch in Göttingen eingeleitet und im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik in Nürnberg fortgesetzt. So ist zum Beispiel vom 2006 vorgelegten Konzept „MehrWert. Grüne Marktwirtschaft“ kaum mehr etwas übrig geblieben. Das Papier dient jetzt der Schärfung des linken Profils.

- Friedenskongress Berlin 03/2008: Der Berliner Friedenskongress, in der Öffentlichkeit und auch innerparteilich kaum wahrgenommen, ist insofern interessant, weil er zum einen zeigte, dass der Göttinger Afghanistan-Beschluss, der auch eine Ablehnung des Einsatzes vorsieht, sollte es nicht zu einem Strategiewechsel hin zu einem größeren zivilen Engagement kommen, innerparteilich kaum Bindungswirkung zeitigt. Es dominiert außenpolitisch immer noch eine realpolitische Linie, die auch militärische Einsätze zur Schaffung von Sicherheit als ultima ratio ausdrücklich zulässt. In Konsequenz wird auch der Bundeswehreinsatz in Nordafghanistan mitgetragen. Zum anderen veröffentlichten junge Grünen-Politiker an jenem Wochenende ein Positionspapier, das mit der Feststellung beginnt: „Das Profil von Bündnis 90/Die Grünen ist derzeit nicht erkennbar.“³⁷ Die aktuellen Koalitionsdebatten und der Versuch, neue Koalitionsvarianten zu realisieren, führten zu Misstrauen innerhalb und gegenüber den Grünen und würden der Partei den Nimbus des bloßen Mehrheitsbeschaffers einbringen, so die Warnung. Authentizität und innovative, lebendige Debatten müssten wieder zum Kennzeichen der Grünen werden und dazu führen, „dass die Grünen als emanzipatorische

Kraft, als Gegenpol zu bürgerlicher Spießigkeit wahrgenommen werden“.

Das Zitat zeigt zusammenfassend das programmatische, aber auch personelle Dilemma der Grünen auf: als „Mitte-Partei für alle Fälle“³⁸ (Melanie Haas) laufen sie Gefahr in der Profillosigkeit zu verschwinden. Zugleich verfügen die Grünen zwar numerisch über eine breite Führungsriege, aber nicht über eine politische Führung, die das Risiko eingeht, auch für innerparteilich unpopuläre Positionen einzutreten.

6. Fazit: Linke oder bürgerliche Alternative?

In den letzten Jahren ist – ausgelöst durch die aufgezeigten Veränderungen grüner Politik und der Strukturmerkmale der Wählerschaft, Debatten über schwarz-grüne Koalitionen und eine allgemeine Debatte über eine „Neue Bürgerlichkeit“ – vielfach die These vorgetragen worden, die Grünen seien die „Partei des Bürgertums“.

Bereits für die Gründungsphase lassen sich „linke“ wie „bürgerliche, wertkonservative“ Einflüsse konstatieren. Die Mitglieder der grünen Vorläuferorganisation „Sonstige Politische Vereinigung“ (SVP) waren bürgerlich-wertkonservativ. In Baden-Württemberg eruierten die Ökolibertären bereits Ende der 1980er Jahre die schwarz-grüne Option. Joschka Fischer forderte die Grünen 1988 auf, sich den Mittelschichten zu öffnen und sich als ökologische FDP zu profilieren. Die Debatte, ob radikale Systemalternative oder behutsam agierende, bürgerliche Partei war wie gezeigt nie eindeutig entschieden.

Erst nach 1990 bildete sich ein deutlicheres Profil, das sich durch Pragmatismus und Realismus kennzeichnete. Teile der Ökosozialisten und des Linken Forums verließen die Partei und die Grünen gaben sich selbst die Bezeichnung

der „ökologischen Reformpartei“, was nicht gerade einen revolutionären Anspruch impliziert. Mit der Vereinigung mit Bündnis 90 erweiterten sich die Grünen um eine wertkonservative Bürgerrechtspartei. In den 1990ern kennzeichnen Pragmatismus und Realismus das grüne Politikverständnis und seit 1998 „wurde der beschrittene Weg hin zu einer zuverlässigen Reformpartei noch konsequenter verfolgt, da die Erfordernisse der Regierungsverantwortung verstärkende Wirkung entfalteten [...].“³⁹ Der Sonderparteitag von Göttingen 2007 und die Bundesdelegiertenkonferenz im selben Jahr zeigen jedoch, dass der Widerstand der Parteilbasis – gespeist vom Wunsch nach klaren Oppositionspositionen – gegen die eher pragmatisch und machtorientiert agierende Parteiführung wächst. Dieser Widerstand wurde auch jüngst gegen die Ambitionen der beiden Spitzenkandidaten Renate Künast und Jürgen Trittin bezüglich einer Wahlaussage für eine Ampel-Koalition mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 deutlich.

Ob die Grünen letztlich als bürgerliche Partei anzusprechen sind, wird sich anhand ihrer weiteren Entwicklung zeigen. Für diese These sprechen neben den geschichtlichen Wandlungsprozessen auch sozialstrukturelle Merkmale der grünen Wähler- und Mitgliedschaft. Wird Bürgerlichkeit mit hohem Einkommen, hohem Bildungsgrad und Zugehörigkeit zur Mittel- und Oberschicht operationalisiert, ließen sich die Grünen als bürgerliche Partei bezeichnen. Die Frage, in welche Koalitionsmodelle die Grünen in Zukunft gehen werden, ist damit allerdings noch nicht beantwortet. Bei aller Beteuerung der Parole „Inhalte vor Macht“ werden die Grünen diese Frage machtorientiert entscheiden. In Bremen sind sie derzeit in einer rot-grünen, in Hamburg in einer schwarz-grünen Koalition. In Hessen wollten sie in ein de facto rot-rot-grünes Bündnis eintreten. Falls die Grünen nach der Bundestagswahl die Chance einer Regierungsbeteiligung erhalten, wird sie an ihnen nicht scheitern.

Anmerkungen

¹ Die Chronologie orientiert sich an *Probst, Lothar*: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2007, S. 173–188.

² Eine Ausnahme bildete beispielsweise der CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl. Sein 1975 publiziertes Buch „Ein Planet wird geplündert – Die Schreckensbilanz unserer Politik“ avancierte schnell zum Bestseller, stieß innerhalb der CDU aber kaum auf nennenswerte, positive Resonanz. Gruhl trat 1978 aus der CDU aus und gründete die Grüne Aktion Zukunft. In den folgenden Jahren engagierte er sich für einen Zusammenschluss der Grünen Bewegungen. Innerhalb der Grünen repräsentierte er die wertkonservative Strömung. Als sich die Grünen zwischen 1978 und 1981 immer stärker nach Links bewegten, trat Gruhl 1981 aus.

³ *Probst*: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, S. 173.

⁴ Berlin, Hamburg, Bremen, Hessen und Niedersachsen.

⁵ Am 10. Oktober 1981 kam es mit über 300.000 Menschen zur größten Demonstration gegen Atomwaffen im Bonner Hofgarten. Im Mittelpunkt der Bewegung standen die Ablehnung der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten.

⁶ *Gebauer, Annetrin*: Apokalyptik und Eschatologie. Zum Politikverständnis der GRÜNEN in ihrer Gründungsphase, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 405–420, S. 415.

⁷ Kelly: „Auf die mündigen Bürgerinnen und Bürger kommt es an und auf die notwendige Politisierung der Gesellschaft. [...] Der echte Machtwechsel findet nicht im Bundestag, sondern auf der Straße statt.“ Zitiert nach *Gebauer*: Apokalyptik und Eschatologie, S. 416.

⁸ *Probst*: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, S. 175.

⁹ Zudem galt die Fünf-Prozent-Hürde getrennt in Ost und West.

¹⁰ Zum Beispiel indem der Bundesvorstandssprecher künftig bezahlt werden sollte.

¹¹ *Probst*: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, S. 175.

¹² Ebd., S. 176.

¹³ Vgl. *Gebauer*: Apokalyptik und Eschatologie, S. 413.

¹⁴ Zitiert nach ebd., S. 405.

¹⁵ Bahro war Gründungsmitglied der Grünen neben Kelly und Gruhl 1980. Er trat 1985 aus der Partei aus.

- ¹⁶ Zitiert nach *Gebauer*: Apokalyptik und Eschatologie, S. 414.
- ¹⁷ *Probst*: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, S. 182.
- ¹⁸ Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2002, S. 21.
- ¹⁹ Die Anhänger der Grünen befürworten laut einer Umfrage aus dem Sommer 2006 zu 71 %, die der SPD zu 67 % einen staatlich regulierten Mindestlohn, bei der Union hingegen sind es nur 56 %, bei der FDP lediglich eine Minderheit von 44 %, die dem zustimmen (Bundesdurchschnitt 60 %). Ähnlich wie bei der Gesundheitsreform zeigt sich das alt-bürgerliche Lager staatsferner, setzt deutlicher auf die Regulationsmechanismen des Marktes.
- ²⁰ Vgl. *Probst*: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, S. 180.
- ²¹ Daten für Bundestagswahl 2002: Wähler, die über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3000 Euro und mehr verfügen sind bei den Grünen mit 32,4 Prozent vertreten, bei der FDP mit 20,4 und bei der Union mit 25,9 Prozent. Vgl. *Haas, Melanie*: Die Grünen als neue Partei des Bürgertums, in: *vorgänge 2/2005*, S. 61–70, S. 66.
- ²² Zitiert nach *Beste, Ralf u. a.*: Carpaccio statt grüner Soße, in: *Spiegel* vom 30. August 2004.
- ²³ Vgl. *Haas*: Die Grünen als neue Partei des Bürgertums, S. 67.
- ²⁴ Vgl. *Namislo, Doreen u. a.*: Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2005 nach Geschlecht und Alter. Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik“, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Wirtschaft und Statistik, 3/2006*, S. 220–237, S. 235.
- ²⁵ Vgl. *Jesse, Eckhard*: Parteiensystem im Wandel? Das deutsche Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: *Ders. / Sturm, Roland* (Hrsg.): *Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*. Wiesbaden 2006, S. 36.
- ²⁶ Als relevante Partei wird eine Partei dann beschrieben, wenn mit ihr rechnerisch eine Koalitionsbildung möglich ist. 1957 war eine relevante Partei im Deutschen Bundestag vertreten – die Union. Mit der absoluten Mehrheit der Parlamentssitze war keine Koalition gegen sie möglich. Im Verlauf der Sechziger- und Siebzigerjahre festigte sich das Dreiparteiensystem. Mit dem Einzug der Grünen 1983 stieg die Anzahl relevanter Parteien von drei auf vier, da theoretisch sofort eine Koalitionsbildung mit ihnen möglich war. Mit der Deutschen Einheit und dem Einzug der damaligen PDS hat sich das Format des Parteiensystems abermals verändert. Fünf Parteien sind parlamentarisch vertreten. Damit ging bis zur

Bundestagswahl 2005 allerdings keine Veränderung der rechnerisch möglichen Koalitionen und damit der Anzahl relevanter Parteien einher. Es waren immer nur vier, 2002 nur drei Parteien relevant. 1990 war eine Koalition mit der ostdeutschen Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne nicht möglich. 1994 bis 2002 nicht mit der PDS und 2002 nicht mit der FDP.

²⁷ Da die Parteien bestrebt sind, nur minimale Gewinnkoalitionen zu realisieren, also Koalitionen, die knapp über 50 Prozent auf sich vereinen, um den Gewinn möglichst groß und keinen überflüssigen Partner am Gewinn zu beteiligen, werden „übergroße Koalitionen“ oder Allparteienkoalitionen nicht mitgezählt. Außerdem scheiden von den sechs rechnerisch möglichen Dreiparteienkoalitionen die Koalitionen unter Einbeziehung von Union und Die Linke sowie von FDP und Die Linke offensichtlich aus, womit sich drei mögliche Dreiparteienkoalitionen ergeben.

²⁸ Neben der SPD, die sich ihre Koalitionsoptionen Richtung Rot-Grün-Gelb und Rot-Rot-Grün erweitert.

²⁹ Vgl. *Oskar Niedermayer*: Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2006, S. 9–35.

³⁰ *Roßmann, Robert*: Nicht geliebt, aber umworben, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. September 2005.

³¹ *Haas, Melanie*: Statt babylonischer Gefangenschaft eine Partei für alle Fälle? Bündnis 90/Die Grünen nach der Bundestagswahl 2005, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2005, S. 101–133, S. 112.

³² Angaben in Prozent – 2006: Baden-Württemberg 11,7 (+4,0), Rheinland-Pfalz 4,6 (-0,6), Sachsen-Anhalt 3,6 (+1,6), Berlin 13,1 (+4,0), Mecklenburg-Vorpommern 3,4 (+0,8). 2007: Bremen 16,4 (+3,6). 2008: Hessen 7,6 (-0,9), Niedersachsen 7,0 (+1,1), Hamburg 9,6 (-2,7), Bayern 9,4 (+1,7). 2009: Hessen 13,7 (+6,2).

³³ Vgl. *Egle, Christoph*: In der Regierung erstarrt? Die Entwicklung von Bündnis 90/Die Grünen 2002–2005, in: Ders./Zohlhöfer, Reimut (Hrsg.): Ende des rot-grünen Projekts. Eine Bilanz der Regierung Schröder 2002–2005, Wiesbaden 2007, S. 98–123, S. 104–105.

³⁴ Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen, zitiert nach *Baus, Ralf Thomas*: Parteienmonitor Aktuell. Bericht zum Zukunftskongress der Grünen, September 2006, S. 3.

³⁵ Vgl. *Haas*: Statt babylonischer Gefangenschaft eine Partei für alle Fälle? S. 124–125.

³⁶ Nachdem die grüne Bundestagsfraktion im März 2007 mehrheitlich für den Tornado-Einsatz gestimmt hatte, wurde dies von Teilen der Basis als Verstoß gegen den Afghanistan-Beschluss des Kölner Parteitages 2006 gewertet. Darin heißt es: „Eine Erweiterung des Bundeswehrmandates auf den afghanischen Süden lehnen wir ab.“ Genau dort wurden aber, so die Initiatoren des Sonderparteitages, die Tornados eingesetzt.

³⁷ Das Positionspapier mit dem Titel „Regierungsfähigkeit durch mutige Debatten 2.0“ wurde von folgenden Politikern verfasst: Christoph Erdmenger (Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt), Gerhard Schick (MdB), Ska Keller (Landesvorsitzende Brandenburg), Wolfgang Strengmann-Kuhn (MdB), Jan Philipp Albrecht (Bundesvorstandssprecher Grüne Jugend), Anton Hofreiter (MdB), Ute Koczy (MdB), Sven Lehmann (Landesvorstand NRW).

³⁸ *Haas*: Statt babylonischer Gefangenschaft eine Partei für alle Fälle?, S. 129.

³⁹ *Haas*: Die Grünen als neue Partei des Bürgertums, S. 65.